

## A5-Westast – technischer Varianten-Vergleich: Diskriminierung der frankophonen Bevölkerung

Am 31. August 2018 präsentierte die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion und dessen Tiefbauamt des Kantons Bern den «technischen Vergleich» zwischen dem Ausführungsprojekt mit der Alternatividee des Komitees «Westast so nicht!». Die deutsche Fassung dieses ohnehin schon technisch komplexen und in der deutsch- und französischsprachigen Bevölkerung sehr umstrittenen Projekts beinhaltet 70 Seiten. Die frankophone Bevölkerung musste sich jedoch zuerst mit einem «Management Summary» von zwei Seiten und dem folgenden Kommentar zufriedengeben: «Le rapport de synthèse en langue française parait dans le courant du mois de septembre». Ein konkreter Termin wurde nicht genannt.

Die französische Version wurde schliesslich 10 Tage später publiziert. Da die gleiche Direktion auch zu einem «offenen Gespräch» über diesen Vergleich einlud, blieb der frankophonen Bevölkerung ein Tag Zeit, um sich mit diesem 70-seitigen auseinanderzusetzen. Die mündliche Präsentation anlässlich dieses «offenen Gesprächs» im Bieler Kongresshaus wurde zudem auch nur auf Deutsch gehalten, kein einziges Thema wurde zur Abwechslung einmal auf Französisch präsentiert. Die Frage-Antwort-Runde verlief ebenfalls fast ausschliesslich auf Deutsch.

Die Schweizerische Bundesverfassung und die Verfassung des Kantons Bern verbieten eine Diskriminierung unter anderem aufgrund der Sprache. Die kantonale Verfassung präzisiert zudem, dass im Verwaltungskreis Biel/Bienne das Deutsche und das Französische Amtssprachen sind.

Ein Blick aufs Informationsangebot im Internet von Bund, Kanton Bern und der zweisprachigen Stadt Biel/Bienne zeigt, dass es üblich ist, dass alle Sprachgemeinschaften jeweils **gleichzeitig** bedient werden. Alles andere kommt einer zeitlichen Diskriminierung gleich.

Zudem wurde bereits im Rahmen der öffentlichen Auflage des Ausführungsprojekts Kritik laut, dass die häufig technisch komplexe Dokumentation und für Laien ohnehin nicht leicht verständlichen Unterlagen nur auf Deutsch publiziert wurden.

Deshalb bitten die Unterzeichnenden um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat dieses Vorgehen seitens Kanton hinsichtlich Publikation von Dokumenten und hinsichtlich öffentlicher Debatte?
2. Welche sprachlichen «Minimal-Standards» erwartet er von kantonalen Vertretern?
3. Welche Chancen räumt der Gemeinderat rechtlichen Schritten ein?
4. Erwägt der Gemeinderat rechtliche Schritte zu unternehmen und falls ja, welche (insbesondere wenn er gemäss seiner Einschätzung aus Frage 3 rechtlichen Schritten Chancen einräumt)?
5. Welche anderen/sonstigen/weiteren Schritte unternimmt der Gemeinderat, damit zukünftig seitens Kanton Bern kein «bilinguisme à deux vitesses» bzw. keine zeitliche Diskriminierung mehr entsteht und öffentliche Debatten auch zweisprachig geführt werden?


Biel/Bienne, 20.09.2018


  
Titus Sprenger  
Passerelle

  
Julien Stocker  
glp

  
Pascal Bord  
PRR

  
Urs Scheuss  
Grüne

  
Glenda Gonzales  
PSR

  
Peter Heiniger  
PdA